

## Öffentlichkeit - Aufklärung - Integration Drei Schlüsselbegriffe gesellschaftlicher Kommunikation in historischer Perspektive

Horst Pöttker

Journalisten sollen ihr Publikum an den Problemen der Zeit teilhaben lassen, die Leser oder Hörer helle machen und Anwälte des offenen Gesprächs zwischen Gruppen und Milieus sein, auf dass die Gesellschaft besser zusammenhalte. Wenn es um die Aufgaben des Berufs geht, für den wir im Dortmund der Institut für Journalistik ausbilden, fallen häufig die Stichwörter *Öffentlichkeit*, *Aufklärung* und *Integration*. Im Folgenden will ich versuchen, diesen drei Begriffen schärfere Konturen zu geben, indem ich auf ihren geschichtlichen Hintergrund zurückgreife und über ihre gesellschaftliche Bedeutung nachdenke.

### 1. Öffentlichkeit oder: das Prinzip der Unbeschränktheit

Wenn es um Aufgaben oder Gefährdungen des Journalismus geht, wird kaum ein anderer Begriff so häufig verwendet wie 'Öffentlichkeit'. Kaum ein anderer Begriff ist aber auch so unklar und schillernd. Das zeigt sich z. B. bei der Übersetzung kommunikationswissenschaftlicher Texte. Für den deutschen Ausdruck 'Öffentlichkeit' steht im Englischen eine ganze Reihe von Vokabeln zur Verfügung: 'public', 'public sphere', 'public opinion', 'public discourse', 'publicity' usw. Bei der Auswahl einer dieser Möglichkeiten für eine sinngemäße Übersetzung muss sorgfältig auf den Kontext geachtet werden. In der Regel kommt der Übersetzer eines kommunikationswissenschaftlichen Textes nicht an allen Stellen mit derselben Vokabel aus, woran sich zeigt, dass der Ausdruck 'Öffentlichkeit' in der Originalsprache unterschiedliche Bedeutungen hat.

Das Durcheinander geht nicht zuletzt auf Jürgen Habermas' berühmte gewordene Habilitationsschrift 'Strukturwandel der Öffentlichkeit' zurück (Habermas 1971), die Anfang der 60er Jahre zuerst veröffentlicht wurde. Wie der Titel andeutet, ist Habermas' Untersuchung historisch angelegt. Sie greift auf das 18. Jahrhundert zurück und (re-)konstruiert einen Verfall der Öffentlichkeit seit der Aufklärungsepoche. Da aus einem Verfallsprozess nichts Positives resultieren kann, hat Habermas' Schrift dadurch beigetragen, dass Öffentlichkeit heute oft als etwas Problematisches, ja Gefährliches betrachtet wird. Am deutlichsten kommt diese Unterstellung in einem Buchtitel zum Ausdruck: 'Öffentlichkeit als Bedrohung' (Noelle-Neumann 1979). Und da nur etwas Substantielles seine Struktur verändern kann, haben viele sich angewöhnt, in der Öffentlichkeit eine Art Substanz, ein Gebilde zu sehen. Diese Auffassung wiederum ist eine notwendige Voraussetzung für den häufig zu hörenden Hinweis, es sei denn (mehr) möglich, nur von einer Öffentlichkeit zu sprechen, es müsste vielmehr deren Differenzierung in zahlreiche (Teil-)Öffentlichkeiten zur Kenntnis genommen werden.

Erste Skepsis gegenüber diesen Auffassungen kommt auf, wenn man die Geschichte des Wortes zurückverfolgt. Lange Zeit war nur das Adjektiv 'öffentlich' gebräuchlich. Wenn bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts überhaupt von Öffentlichkeit die

Rede war, dann nur im Sinne des älteren Wortes 'Publizität'. Letztlich muss die Unterstellung, Öffentlichkeit sei ein bedrohliches Gebilde oder Wesen, eine Art Monster, die mit dem Herstellen von Öffentlichkeit befassten Berufe, auch und besonders den Journalismus, in schlechtes Licht rücken. Um dies zu konkretisieren, greife ich auf einen Autor zurück, der nicht nur den höchsten Aufgabenerfolg der Weltliteratur vorweisen kann, sondern der ganz am Anfang der Aufklärungsepoche auch bereits ein Selbstverständnis als Journalist entwickelt hatte.

### 1.1. Daniel Defoe: ein Pionier journalistischer Mentalität

Seit Kindertagen ist uns Daniel Defoe als Autor des „Robinson Crusoe“ bekannt. Weniger bekannt ist, dass der weltberühmte Schriftsteller, bevor er mit fast 60 Jahren seinen ersten Roman veröffentlichte, der dann in den Kanon des obligatorischen Allgemeinwissens eingehen sollte, lange als politischer Publizist tätig gewesen war.

Bevor Defoe fiktionale Texte zu verfassen begann, hatte er mit streitbar-ironischen Schriften wie „The Trueborn Englishman“ (1701) und „The Shortest Way with Dissenters“ (1702) zu schon damals aktuellen Tagesfragen wie der Fremdenfeindlichkeit (gegenüber dem Oranier-König William III.) oder religiöser Intoleranz (der anglikanischen Staatskirche) kritisch Stellung genommen. Das hatte ihn mehrmals ins Gefängnis oder an den Pranger gebracht. 1704 gründete Defoe von Gefängnis aus die erste politisch-moralische Wochenschrift in England, die „Review“, der weitere wie Richard Steels „Tatler“ (1709) und Jonathan Swifts „Examines“ (1710) folgten. Defoes „Review“ erschien bis 1713, anfangs einmal und dann für die längste Zeit ihres Bestehens dreimal in der Woche im Umfang von vier Seiten. Ursprünglich gedacht, um über den langwierigen spanischen Erbfolgekrieg zu berichten, in dem sich England und Frankreich gegenüberstanden, nahm sich die Zeitschrift im Laufe der Zeit auch zahlreiche andere Gegenstände vor:

„In den Beiträgen, die Defoe selbst verfaßte, standen neben (...) politischen Themen Überlegungen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen im Mittelpunkt. Die materiellen Lebensbedingungen einzelner Bevölkerungsgruppen, die berufliche Tätigkeit und daraus erwachsende gesellschaftliche Position, die Wirtschaftsaktivität des ganzen Landes und die Rolle des Handels als Quelle nationalen Wohlstands sind (...) Bereiche, mit denen Defoe sich beschäftigte.“ (Kalb 1985: S. 22)

In Defoes Welt, dem England um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert, liegt der Ursprung all dessen, was auch noch die Gegenwart demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften prägt: Deklarierte Menschenrechte, Parlamentarismus, Marktregulierung, freies Unternehmertum und freie Medien, um nur einiges zu nennen. Kein Wunder, dass in diese Epoche auch die Entstehung eines Berufs fällt, der für das Zusammenspiel der Funktionselemente westlicher Gesellschaften unerlässlich ist: des Journalismus. Wobei unter ‚Beruf‘ nicht nur „jene Spezifizerung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person“ zu verstehen ist, „welche für sie Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- oder Erwerbschance ist“ (Weber 1972: 80), sondern im Unterschied zu dieser individualistischen und ökonomistischen Definition Max Webers auch ein Bündel besonderer Kompetenzen, das erforderlich ist, damit eine für Individuum und Gesellschaft wichtige Aufgabe optimal erfüllt werden kann. Zu diesen Fähigkeiten gehört nicht zuletzt das Bewusstsein von der beruflichen Aufgabe und von den Voraussetzungen, die für ihre Erfüllung notwendig sind. Defoe ist ein Beispiel dafür, dass sich diese professionelle Mentalität in ihren Grundzügen bereits um

1700 herausgebildet hatte. Als einer der ersten Journalisten dachte er öffentlich über seinen Beruf und dessen Erfordernisse nach.

## 1.2. Defoe über den gesellschaftlichen Nutzen der Pressefreiheit

Neben anderen Texten aus seiner Feder weist auf Defoe's ‚berufspolitisches‘ Interesse ein Artikel hin, mit dem er am 29. März 1711 in der „Review“ gegen die von der letzten Stuart-Königin Anne und den regierenden Tories geplante Besteuerung der Presse, die nicht lange danach als ‚Stempelsteuer‘ in Kraft trat, Stellung genommen hat:

In diesem Artikel hieß es u.a.:

„Wer reden will, sollte sich gleich zu Wort melden; und wer wenig Zeit zum Reden hat, sollte schnell zur Sache kommen. Ich warte daher nicht, bis der Erlass gedruckt ist, sondern reagiere schon jetzt auf den ärgerlichen Hinweis im ‚Examiner‘, dass mit der Erhebung einer Steuer auf Presseprodukte zu rechnen sei.“

(...)

Diese Steuer wird als klares Eingeständnis aufgefasst werden, dass ihre Befürworter auf Argumente nicht mit Vernunft und in offener Diskussion antworten können. Das wäre eine Demonstration gegen sich selbst, die zeigte, dass eine Verteidigung mit Worten nicht möglich ist, und die die Scheu offenbarte, die eigenen Argumente in der Auseinandersetzung mit Gegnern zu prüfen. (...)

Sie enthält ein klares Eingeständnis, dass weder in der Politik noch in der Moral die üblichen Praktiken das Licht der Öffentlichkeit ertragen würden; dass die hinter ihr stehenden Personen und deren Partei das Interesse haben, ihre Angelegenheiten geheim zu halten. (...)

Ein Anschlag auf die Presse, von welcher Seite er auch komme, ist immer ein Anschlag auf die Wahrheit. Denn wenn Fälschungen oder Verleumdungen veröffentlicht würden, sind die Gesetze ohnehin ein kräftiges Gegenmittel; und wo die Gesetze unzulänglich sein sollten, steht notfalls das Parlament bereit, um neue Rechtsnormen zu ergänzen. Aber eine generelle Last auf alles Veröffentlichliche zu legen, oder, deutlicher gesagt, die Menschheit zum Schweigen zu bringen, ist ein Anschlag auf die Wahrheit, eine Maßnahme gegen die Freunde von Tugend, Bildung und Religion, was an vielen Beispielen gezeigt werden könnte. So eine generelle Steuer ohne Berücksichtigung der Thematik würde auch alle öffentliche Kritik an Laster und Unmoral behindern sowie alle die Hilfen für Unterricht und Religion, alle die nützlichen Anregungen für Lernen und für Reformen im geistigen und materiellen Leben, die als Handreichungen oft gute Wirkungen auf die Gesellschaft gehabt haben und weiter hätten. (...)

Der Angriff auf die Unmoral wird den Generalangriff auf Presse und Wahrheit nicht überstehen. Dieser Generalangriff wird wie gesagt nützliche Veröffentlichungen unterdrücken und der Welt den Fortschritt nehmen, der durch die Werke redlicher Publizisten zustandekommt. (...)

Wenn eine generelle Beschränkung ohne Ausnahme auferlegt wird, sind vermehrtlich Machenschaften im Gange, die man die Bevölkerung nicht wissen zu lassen magt. Sie sind darauf gerichtet, die freien Bürger Britanniens mundtot zu machen und ihrer rechtmäßigen und wirksamen Verteidigung zu berauben. Und sie werden, was m. E. besonders überlegt werden muss, zahllosen Familien, die in verschiedene Branchen des Pressegeschäfts investiert haben, das Eigentum, den Lebensunterhalt und die Beschäftigung nehmen. Zumindest jene, deren

publizistische Tätigkeit nichts mit dem Staat oder der Regierung zu tun hat, müssten billigerweise von so einer Steuer ausgenommen werden.

Darunter fallen die Urheberrechte an kleinen Büchern, z. B. Almanachen, Katechismen, Psalmen-Sammlungen, religiöse und moralische Broschüren mancherlei Art, die für viele Familien die Grundlage des Lebensunterhalts sind. (...)

Gleichwohl bin ich für gewisse Beschränkungen der Presse: Skandal machen, die Regierung beleidigen, Minister diffamieren, anderen den guten Ruf verderben usw. Solche Missbräuche der Pressefreiheit sollten durch die Verpflichtung jeden Autors unterbunden werden, seinen Namen unter das Geschriebene zu setzen, damit Entgleisungen persönlich zurechenbar werden. (...) Statt vollem Namen nur die Anfangsbuchstaben drucken (...) - rechtliche Schritte gegen solche Praxis werden die Zustimmung jedes Klugen Mannes finden. (...) Alles andere aber riecht nach Parteiinteresse, Freiheitsberaubung und Willkürmaßnahmen gegen die Bevölkerung.“ (Originaltext in Payne 1951; Übers.: d. Verf.)

## 1.3. Öffentlichkeit als notwendige Bedingung funktionierender Selbstregulierung

Der rote Faden dieses Textes ist die Idee der Öffentlichkeit; die allerdings nur an wenigen Stellen ausdrücklich benannt wird. Warum verzichtet Defoe auf eine explizite Klärung? Schon zu Beginn des bürgerlichen Zeitalters ist Öffentlichkeit offenbar ein zutiefst negativer, nur über die Verneinung seines Gegenteilens bestimmbarer, vager Begriff. Seine konstitutive Komponente ist die Eigenschaft ‚offen‘. Öffentlichkeit meint die *Abwesenheit* von Absperrungen, Blockierungen, Barrieren. Was öffentlich ist, ist der Wahrnehmung jedes Menschen zugänglich. Öffentlichkeit ist das von diesem Adjektiv abgeleitete Substantiv, mehr nicht. Jeder Versuch, den Begriff positiv zu füllen, etwa im Sinne einer Gruppe von Subjekten, die tatsächlich an der Kommunikation über bestimmte Themen teilnehmen, oder als eine Art von politischer, für das Funktionieren von Staatsorganen notwendiger Institution, führt nolens volens zum Verlust der Vorstellung von Unbeschränktheit, die für den Begriff Öffentlichkeit entscheidend ist.

Dass Defoe dieser negative Begriff von Öffentlichkeit vorschwebte, zeigt sich u.a. an seiner Bereitschaft, eine Beschränkung der Presse in Bezug auf ihre politischen Inhalte und Intentionen hinzunehmen. Heute erscheint es naheliegend, darin einen Ausdruck des Opportunismus gegenüber den Herrschenden zu sehen, weil wir uns seit den bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den Vereinigten Staaten und Frankreich, die zur Beförderung der Öffentlichkeit in den Rang eines Verfassungsprinzips führten, an ihre institutionelle Einengung gewöhnt haben. Man kann darin aber auch einen Ausdruck von Defoes Sinn für die notwendige Offenheit der gesellschaftlichen Kommunikation erkennen. Er konnte noch auf die politische Funktion der Presse verzichten, weil es ihm um die Rettung des Prinzips Öffentlichkeit in einer viel umfassenderen, sozio-kulturellen Bedeutung ging.

Für diese Deutung spricht, dass dem Verzicht auf eine positive Definition bei Defoe eine bemerkenswerte Sensibilität für die Nützlichkeit, ja Notwendigkeit von Öffentlichkeit für die Gesellschaft und jedes ihrer Individuen gegenübersteht. Öffentlichkeit ist erforderlich, damit, wie er es ausdrückt, wissenschaftliche, moralische und religiöse Erkenntnisse sich verbreiten können. Insoweit ist sie eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Individuum sein Leben auf der Höhe der Kulturentwicklung gestalten kann. Und Öffentlichkeit ist erforderlich, damit das Individuum sich er-

folgreich gegen ungerechtfertigte Beschuldigungen und Angriffe zur Wehr setzen kann. Insofern ist sie ein Menschenrecht, was leicht zu kurz kommt, wenn über zuviel Öffentlichkeit als Bedrohung der Privatsphäre geklagt wird. Defoes Hinweis, dass durch die Stempelsteuer nicht nur die schädliche, sondern auch die nützliche Presse eingeschränkt würde, nimmt demgegenüber die simple Einsicht vorweg, dass ein Mensch in der modernen, parzellierten Gesellschaft, dem eine Vielzahl von Medien zur Verfügung steht, sich ein zutreffendes Bild von der Welt machen und deshalb besser mit ihr zurecht kommen kann als ein moderner Mensch, der bei seiner Konstruktion von Realität ganz auf seine Primärerfahrung ohne die Möglichkeit der Mediennutzung angewiesen wäre.

Aus den Nutzen der Öffentlichkeit für das Individuum ergibt sich ihr Nutzen für die Gesellschaft: Nur wenn deren Mitglieder ihr Recht auf Unverletzlichkeit und Selbstbestimmung verteidigen und an den das soziale Ganze betreffenden Entscheidungsprozessen teilnehmen (Partizipation), kann eine moderne Gesellschaft ihre Probleme wahrnehmen und lösen (Regulierungskapazität). Defoe weist hier und an anderen Stellen in der „Review“ darauf hin, dass zu den Problemen auch ein sensatiosenscher oder parteilicher und deshalb unwahrer Journalismus gehören kann. Der beste Schutz gegen schlecht hergestellte Öffentlichkeit ist demnach nicht Fremdregulierung durch Kontrollinstanzen, sondern Selbstregulierung - durch mehr Öffentlichkeit. Wegweisend ist in diesem Zusammenhang, dass Defoe lügenhafte Berichterstattung nicht durch inhaltliche Auflagen bekämpfen will, sondern durch eine Kennzeichnungspflicht bei jedem Artikel, also durch das Öffentlich-Machen von Verantwortlichkeit.

Komplexe Sozialformationen, deren gesellschaftliche Kommunikation zu stark von ideologischen, politischen oder gesetzlichen Schranken eingeengt wird, sind auch drei Jahrhunderte nach Defoes Grundeinsicht in den Nutzen des Prinzips Öffentlichkeit auf die Dauer nicht existenzfähig. Das hat der Zusammenbruch der realsozialistischen Herrschaftssysteme in Osteuropa oder konservativ-autoritärer Regime in Lateinamerika und Südafrika gezeigt.

Am deutlichsten wird Defoes Idee von Öffentlichkeit daran, dass er ihren Nutzen an die Abwesenheit von generellen Auflagen der Presse bindet, seien sie nun politisch-ideologischer oder - wie im 1711 von ihm bekämpften Fall - ökonomischer Art. Der Grundzustand der Medien, damit sie ihrer Aufgabe, Öffentlichkeit im Sinne unbeschränkter gesellschaftlicher Kommunikation zu stiften, gerecht werden können, ist der einer prinzipiellen Freiheit bei Themenfindung, Recherche und Darstellungsweise, die durch eine professionelle Grundpflicht der Journalisten zum Publizieren komplettiert wird. Denn, so können wir nach den erkenntnistheoretischen Debatten seit der Aufklärungsepoche hinzufügen, die Entscheidung darüber, welche Themen öffentlichkeitsbedürftig sind und welche nicht, ist selbst ein öffentlichkeitsbedürftiges Problem. Die Definition und Überwachung von Relevanz kann nicht besonderen Institutionen oder Personen (Zensoren, Kontrollgremien etc.) übertragen werden, sondern muss, da niemand wissen kann, was er (noch) nicht weiß, dem gesellschaftlichen Diskurs selbst überlassen werden, der - soll er gelingen - im Prinzip die Abwesenheit von Kommunikationsbeschränkungen, also Öffentlichkeit voraussetzt.

Bereits Defoe wusste: Pressefreiheit ist weder ein kultureller Luxus, den eine Gesellschaft sich leisten kann oder auch nicht, noch ein professionelles Privileg von Journalisten, sondern ein funktionsnotwendiges Element der modernen Sozialstruktur, von der ihre Problemverarbeitungskapazität und Selbstregulierungsfähigkeit, d.h. ihre Existenz abhängt. Jede Herrschaft, die die grundsätzliche Freiheit der publizisti-

schen Arbeit von oben und aussen einzuschränken versucht, schadet über kurz oder lang der Gesellschaft und damit am Ende auch sich selbst. Generelle Beschränkung der Medienfreiheit bedeutet generelle Beschränkung von Öffentlichkeit; und generelle Beschränkung von Öffentlichkeit bedeutet das Eingeständnis, die von ihr ausgeschlossenen Verhältnisse und Praktiken würden einer offenen Auseinandersetzung, einer intersubjektiven Prüfung durch „Vernunft, Argumente und Tatsachen“ (Defoe) nicht stand halten.

Ein interessanter Nebenaspekt ist der Hinweis, die Stempelsteuer würde im Pressesektor tätige Familien ihrer wirtschaftlichen Existenz berauben. Anders als Karl Marx 130 Jahre später (vgl. Pötter 2001: 49), als die publizistischen und die ökonomischen Berufsrollen sich im Zuge des großen Prozesses der funktionalen Differenzierung zu trennen begannen, blickt Defoe, noch Verleger und Redakteur in einer Person, nicht auf die Widersprüche, sondern auf die Gemeinsamkeiten von Presse- und Gewerbefreiheit. Das erscheint weitsichtig, wenn man bedenkt, dass gesellschaftlich tragfähige Öffentlichkeit sich bisher nur unter den Bedingungen von Kapitalismus und Marktsteuerung entwickeln konnte, nicht in Systemen, die von einem politisch-ökonomischen Machtzentrum aus gesteuert werden. Seröse Wissenschaft kann zwar nicht mit Sicherheit behaupten, dass dies so bleiben muss. Dennoch spricht die historische Erfahrung bisher eher für Defoe als für Marx, was von der kritischen Kommunikationswissenschaft bisher kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn systematisch erklärt wird.

Im übrigen kann Defoe geradezu als Idealtypus des literarischen Journalismus der Aufklärungsepoche gelten, der die Information weder von der Meinung noch von der Eigenwerbung noch gar von der Fiktion getrennt, sondern sich diese subjektiven Beimengungen zunutze gemacht hat, damit aus Medieninhalten Informationen werden.

## 2. Aufklärung oder: die Methode der weiten Verbreitung

Wohin man zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der Kommunikationswissenschaft auch schaut - überall ist davon die Rede, dass der Journalismus „durch ein neu entstandenes Niemandsland zwischen Aufklärung und Unterhaltung, in dem die ‚Schreimakerisierung‘ wüthet“ (Siegfried Weischenberg im „Public Relations Forum“), durch den Trend zum Infotainment also, seine professionelle Qualität einbüße. Dabei wird unterstellt, die Trennung von Information und Unterhaltung sei das A und O eines Qualitätsjournalismus in der Tradition der Aufklärung. Bestimmt man sich auf das 18. Jahrhundert, die reale Epoche der Aufklärung, entpuppt sich diese Vorstellung als Mythos. Das lässt sich sowohl an den sogenannten „Moralischen Wochenschriften“ zeigen als auch an den Schriften einer Bewegung, die sich „Volksaufklärung“ nannte.

### 2.1. Moralische Wochenschriften: Aufklärung durch Infotainment

Inspiziert von englischen Vorbildern begann um 1720 auch in deutschsprachigen Ländern eine für die Aufklärungsepoche charakteristische Pressegeattung zu erscheinen, die uns in Anlehnung an eine damals gern gewählte Titelformulierung unter dem Sammelbegriff „Moralische Wochenschriften“ gefällig ist. Gemessen an Zahl und Auflage dieser Blätter fiel die Blütephase des deutschen Moraljournalismus, der auch soziale Probleme und Missstände öffentlich machen wollte, in die zweite Hälfte

des 18. Jahrhunderts, nicht in die frühen Jahrzehnte bis 1740, wie es die nach qualitativen Stilkriterien urteilende Literaturgeschichte bisher annimmt.

Angesichts des damals noch weit verbreiteten Analphabetismus bemerkenswert: Auch schon in der Frühphase nahmen die Herausgeber der Moralischen Wochenschriften das ganze Publikum ernst, besonders das weibliche, dessen Bildung ganz oben auf ihrem publizistischen Programm stand. „Die frühen Moralblätter der 20er und 30er Jahre hatten eine durchaus wissenschaftsorientierte Frauenbildung gefordert, sie vertraten die Auffassung, daß kein Themenbereich für den weiblichen Geist unschicklich oder zu anstrengend sei. Diese hoffnungsvolle Perspektive (...) weisen die Moralblätter der Spätphase zurück. Zwar wird die Aufklärung der Frau (...) noch mit Nachdruck gefordert, (...) doch zeichnen schon diese Blätter ein deutlich anderes Bild, (...) in dem Frauenbildung vorrangig als schöne und ästhetische Persönlichkeitserziehung zum Nutzen der Familie charakterisiert ist.“ (Maar 1995: 217f.) Es gehörte zur Aufklärung, dass die Moralischen Wochenschriften scheinbar unpolitische Themen aus der Alltagssphäre der Leserinnen aufgriffen und an deren Kultivierungsbedürfnissen hinsichtlich Mode, Häuslichkeit usw. ansetzten, um das Interesse dieses bildungsbedürftigen Teils des Publikums zu finden. Das sollten wir nicht vergessen, wenn wir heute von der hohen Werte eines vermeintlichen Qualitätsjournalismus aus belächeln, dass eine bestimmte Art von Frauenmagazinen das selbe tut.

Wer meint, die von den Moralblättern befolgte Aufklärungsmethode sei empfindsame Erbauung oder trocken-rationale Belehrung gewesen, täuscht sich. Ihr Programm hieß vielmehr „Bildung durch Vergnügen“, wie Elke Maar ein Kapitel ihrer aufschlussreichen Studie über die Moralischen Wochenschriften überschreibt (Maar 1995: 102-130). Dort werden drei Darstellungsmittel vorgestellt, deren sich bereits Journalisten des 18. Jahrhunderts bedienten, um Information so unterhaltsam zu präsentieren, dass sie bei Leserinnen und Lesern auch ankammt: Die Erzählperspektive des gleichzeitig anonymen und vertraulichen Autors, der (fiktive) Leserbrief als Stimulus der (virtuellen) Partizipation des Publikums und vor allem die Fortsetzungserzählung mit familiärer Thematik und entsprechenden ‚Serienhelden‘ sind Möglichkeiten der vergnüglichen Rezeptionsanreize, die Journalisten auch heute nutzen (können), um mit ihren Produkten ein maximales Publikum zu erreichen - was schon damals ein wesentliches Ziel der Aufklärung war.

Gewiss: Zum Programm journalistischer Aufklärung gehört heute nicht mehr, wie bei den Pleisten des 18. Jahrhunderts, die pädagogische Idee, dem Publikum Gutes tun zu wollen. An ihrer Seite ist das neutralere Konzept der Information getreten. Und das in Aussicht genommene Publikum besteht nicht mehr nur aus Bildungsbürger(inne)n, sondern umfasst alle Schichten, was einen Niveauverlust wohl unvermeidlich macht. Dennoch: Der Moraljournalismus der Aufklärungsepoche ist ein historisches Vorbild, von dem Journalisten, die ein enges und letztlich elitäres Informationskonzept überwinden wollen, eine Menge lernen können. Und dieses historische Vorbild zeigt, dass ‚Infotainment‘ nicht auf ein ökonomisches Gewinnakku allein zurückgehen muss, sondern sich auch einem genuin publizistischen Ethos verdanken kann.

Damit stellt die Besinnung auf die Moralischen Wochenschriften die übliche Diskussion über das Infotainment auf den Kopf. Sie lenkt die Aufmerksamkeit von der vermeintlich illegitimen Vermischung von Information und Unterhaltung auf die ganz andere Frage, wann und warum die durchaus fragwürdige *Trennung* der beiden Sphären stattgefunden hat. Dass die Moralblätter das männliche und das weibliche

Publikum gleichermaßen ernst genommen haben, verweist auf die von der kommunikationswissenschaftlichen Gender-Forschung unterstützte Vermutung, diese Trennung sei nur ein Teil der großen Trennung in eine männliche, seriöse Sphäre von Politik und öffentlichen Angelegenheiten einerseits und eine weibliche, verspielte Sphäre von Lust und Privatheit andererseits, die sich erst *nach* der Aufklärung vollzogen hat. So gesehen könnte Infotainment auch ein Aspekt der Auflösung bürgerlich-patriarchalischer Geschlechterrollen und Herrschaftsformen sein.

## 2.2. Aufklärung als Populärkultur

Es hat also wenig mit den Ideen der Aufklärungsepoche zu tun, wenn das Infotainment heute als Anfang vom Ende des aufklärerischen Qualitätsjournalismus empfunden wird. Das dürfte vielmehr mit dem Sonderweg zusammenhängen, den die Aufklärung später in Deutschland genommen hat. Dass sie hierzulande in die Scheidung von Information und Unterhaltung, E- und U-Kultur mündete, womit sie bis heute identifiziert wird, liegt teilweise an der Restauration nach 1815, dem folgenden Scheitern der demokratischen Revolution von 1848 und der dadurch verstärkten ökonomischen Rückständigkeit des deutschen Bürgertums, dessen ohnehin schwaches Selbstbewusstsein im 20. Jahrhundert durch eine Serie von Katastrophen weiter dezimiert worden ist und das, weil es sich nicht selbst durchsetzen konnte, ohne rechtes Verständnis für die liberale Wirtschaftsordnung und die damit verbundenen demokratischen Errungenschaften geliebt ist.

Die Trennung von objektiver Information einerseits und subjektiver Fiktion oder Meinung andererseits gehört allerdings auch zur Tradition des Journalismus in den angelsächsischen Ländern, trotz der dort ausgeprägten Achtung vor dem ‚common sense‘. Von dort hat der deutsche Journalismus nach 1945 sogar erst den Standard übernommen, nicht nur die dokumentarische Information von der unterhaltamen Fiktion und den redaktionellen Teil von den Anzeigen, sondern auch die meinungsabsäthigende Nachricht vom Kommentar zu trennen. Alle drei Trennungsgrundsätze bekunden Respekt vor der Mündigkeit des Rezipienten, weil sie ihn durch das Markieren von Interessenhintergrund und Realitätsgehalt journalistischer Mitteilungen in die Lage setzen sollen, den Wert solcher Mitteilungen selbst zu beurteilen. Die Trennungsgrundsätze repräsentieren daher scheinbar den Geist der Aufklärung.

Bei genauer Betrachtung kommt freilich noch eine andere Bedeutungsschicht zum Vorschein. Überdehnung und Dogmatisierung können die Trennungsgrundsätze zu neuen Kommunikationsbarrieren werden lassen, die der Journalismus gerade zu überwinden hat. Wenn aus der Trennung von Information und Fiktion die Aussparung der literarischen Fantasie aus dem Journalismus wird, dann bleibt Geheimgehaltenes und deshalb der Faktenrecherche nicht Zugängliches aus jenem gesellschaftlichen „Sprechsaal“ ausgespart, den Journalisten bereitstellen sollen (vgl. Groh 1960: 566), wenn die Trennung von Information und Meinung für Journalisten zum Zwang wird, ihre Ansichten für sich zu behalten, dann gefährdet das nicht nur das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung, sondern schließt wiederum innersubjektive und deshalb schwer recherchierbare Vorgänge von der gesellschaftlichen Kommunikation aus; und wenn aus der Trennung von Information und Werbung das professionelle Tabu wird, über den Journalismus öffentlich zu reden, dann resultiert aus diesem Grundgesetz eine zusätzliche Intransparenz des Mediengeschehens, durch die das Publikum noch mehr behindert wird, seine eigenen Einflussmöglichkeiten auf dieses Geschehen zu erkennen. Extensiv und rigide angewandt werden die Trennungs-